

**Sehr geehrter Herr Präsident,
Werte Kolleginnen und Kollegen,**

Im letzten Jahr habe ich meine HHRede mit folgendem Satz eingeleitet: "Es ist wohl nicht zu leugnen, dass sich das Jahr 2020 etwas anders entwickelt hat, als wir es letztes Jahr noch vermutet hätten". Leider kann ich das nur so wiederholen, denn immer noch hat die Pandemie das politische Geschehen fest im Griff. Der größte Unterschied im positiven Sinne ist der, dass wir über eine Impfung verfügen, negativ ist allerdings, dass aller Akteure Kräfte so langsam aufgebraucht sind. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die Rolle aller Akteure im Bildungsbereich zum Feuerlöscher mutiert ist. Wahrscheinlich hatte der ein oder andere auch selbst mal den Eindruck.

Doch trotz allem, versuchen alle Akteure nach besten Anstrengungen ihre Angebote aufrecht zu erhalten und haben trotz Krise wichtige neue Projekte lanciert oder arbeiten weiterhin an Reformvorhaben.

Beginnen möchte ich mit Kaleido, die neben dem Tagesgeschäft noch das Tracing und alles was Informationen für Eltern, Schulen, etc. betrifft übernommen haben. Der Dienst hat außerdem versucht alle Programme, gerade die im Präventionsbereich so gut es eben ging aufrecht zu erhalten. Das beginnt bei der EKB und geht bis zu den gratis Impfungen, über ärztliche Untersuchungen der Kleinsten, der Spin-Test, besondere Projekte wie Papilio, die Erarbeitung von Gutachten von sonderpädagogischem Förderbedarf, bis hin zu Präventionskampagnen in den Schulen.

Trotz der Arbeitsbelastung wurden auch neue Projekte in Angriff genommen, so beispielsweise die Mentoring-Ausbildung und die Einsetzung eines Mentoring-Programms für Neu- und Quereinsteiger in den Schulen. Aktuell ist geplant, dass das Pilotprojekt und mit ihm die Mentoren-Ausbildung im ersten Halbjahr 2022 startet. Wir hoffen, dass das Projekt dazu beitragen kann, jungen Lehrpersonen und Quereinsteigern den Start in das Berufsleben zu erleichtern und die Resilienz in der Einstiegsphase stärkt!

Apropos Resilienz, es gibt noch ein neues und extrem wichtiges Projekt: Ich spreche von Stärkung der Resilienz bei Jugendlichen (Stressbewältigung, mentale Widerstandskraft), ein Projekt, bei dem den Abiturienten am Ende des Schuljahres in Bezug auf die Abschlussprüfungen bei der Stressbewältigung unter die Arme gegriffen wurde. Sie bekamen Ratschläge an die Hand, wie sie mit Corona-bedingtem Stress und dem allgemeinen Prüfungsdruck umgehen können. Außerdem lernten sie Tricks und Tools kennen, auf die sie auch nach dem Abitur zurückgreifen können und die dabei helfen, Stresssituationen in Ausbildung, Studium oder Berufsleben bestmöglich zu meistern. Nun wird das Projekt im nächsten Jahr flächendeckend in Primar- und Sekundarschulen angeboten. Man möchte neben den Schülern auch die Eltern und die Lehrer einbeziehen. So solle sichergestellt werden, dass die positiven Effekte der Workshops auch auf das Klassenklima und das Elternhaus übertragen

würden. Die Stärkung der Resilienz aller, gerade in Bezug auf die Krise ist unheimlich wichtig.

Zur Mittelständischen Ausbildung;

Ich sage es an dieser Stelle nicht zum ersten Mal, Jugendliche für eine Ausbildung zu begeistern bleibt eine Herausforderung. Die Schwierigkeiten sind vielfältig und der demographische Wandel trägt das seine dazu bei. Die Konsolidierung im letzten Jahr der beiden ZAWM war ein wichtiger Schritt um Synergien zu schaffen und effizienter zu arbeiten. Ziel ist die Attraktivität der mittelständischen Ausbildung an sich und auch die Arbeitsbedingungen am Institut zu verbessern. Hier hat es im letzten Jahr wichtige Fortschritte gegeben: Es wird eine Festanstellung für Teilzeitkräfte angestrebt, die in Allgemeinkunde unterrichtet werden. Im nächsten Jahr soll die Mindestentschädigung für Lehrlinge erhöht werden. Außerdem wird das BIDA-Projekt („Berufliche Integration durch Ausbildungsbegleitung in der dualen Ausbildung“) künftig strukturell verankert und es werden Überlegungen angestellt, das Projekt weiter auszubauen, was wir ausdrücklich begrüßen möchten. Zusätzlich werden Teilqualifizierungsmaßnahmen gefördert um Arbeitssuchende zu unterstützen und man versucht neue Wege zu gehen um beispielsweise Personen aus prekären Lebenslagen ein niederschwelliges Angebot zu ermöglichen. Das sogenannte "Training on the job" soll es ermöglichen, dass Personen an den beruflichen Alltag herangeführt werden können durch eine kürzere Verweildauer im Betrieb, anders als bei der klassischen Ausbildung. Hinzufügen möchte ich auch noch, dass die Vergabeprozedur für den Dienstleistungsauftrag für die Strukturreform in der technischen und beruflichen Ausbildung aktuell läuft, der Fortschritt in diesem Projekt ist leider der Pandemie zum Opfer gefallen. Wir hoffen sehr, dass es diesmal gelingt und wir tatsächlich bis zum Ende der Legislaturperiode Empfehlungen erhalten.

Sie sehen, dass viele Projekte laufen um Vorschaltmaßnahmen, Präventionsprojekte um einen Abbruch der Lehre zu verhindern, niederschwellige Angebote und auch das Sensibilisieren für die Lehre zu verbessern. Jeder Jugendliche, egal aus welchem Umfeld, ist ein potentieller Lehrling und dieses Potential muss voll genutzt werden. Die mittelständische Ausbildung hat einen hohen Stellenwert in Ostbelgien, bei Abschluss der Ausbildung ist ein Job quasi sicher und unsere Unternehmen sind immer noch genauso motiviert junge Leute auszubilden wie in den Jahren zuvor, wenn nicht sogar noch motivierter! Und Zumindest erleben wir in diesem Jahr auch einen kleinen Aufwärtstrend bei den neuen Lehrstellen, wir hoffen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt.

Einen Aufwärtstrend erleben bei der AHS wiederum die Bildungswissenschaften und den Finanz- und Verwaltungswissenschaften.

Das neue Aufnahmeverfahren für Bildungswissenschaften wurde weiterentwickelt, kommt nun im dritten Jahr zur Anwendung und die Resonanz ist weiterhin positiv. Ich möchte daran erinnern, dass bei der Einführung doch auch kritische Stimmen laut

wurden, allerdings haben wir so viele Studenten wie nie zuvor und die Quote derer, die das Jahr bestehen liegt bei 70-80%, was wesentlich höher ist als im Inland. Das führte der Vertreter der AHS auch auf das neue Aufnahmeverfahren zurück. Aus diesem Grund überlegt man in Zukunft, das Verfahren ein weiteres Mal im August anzubieten, um noch mehr potentielle Studenten zu erreichen. Das würden wir befürworten!

So positiv die Tendenz in den Bildungswissenschaften ist, umso ernüchternder ist allerdings eine nur leichte Erholung der Zahlen für die Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften.

Wir haben an der Stelle schon oft über die bitter nötige Aufwertung der Pflegeberufe und eine attraktivere Ausbildung diskutiert, insbesondere die Schaffung einer dualen Ausbildung! Auf letzteres möchte ich an der Stelle nochmal eingehen und starten mit der Feststellung: Das Thema ist komplex und die Zuständigkeiten auf verschiedene Ebenen verteilt. Ich möchte nicht alles wiederholen, aber eine Reform der Ausbildung und des Studiums wird durch EU-Rechtlinien, föderale Vorgaben, die Grenzlage, die benötigten Profile, demographische Entwicklungen und noch andere Faktoren beeinflusst. Wir können nicht einfach aus dem Studium zum Krankenpfleger eine Ausbildung machen und wir können nicht die Ausbildung zum Pflegehelfer zu einer dualen Ausbildung umwandeln, denn beides würde das eigentliche Ziel verfehlen. Und dann gibt es ja noch das Brevet. Ein neuer Ausbildungsweg müsste wiederum vom Föderalstaat genehmigt werden. Nichtsdestotrotz hat Ministerin Klinkenberg angekündigt, den Dialog mit den Akteuren zu suchen um einmal zu definieren, welches Ausbildungsprofil in Ostbelgien gebraucht wird um die Einrichtungen zu entlassen, den laut ihrer Aussage sind nicht weniger als 9 verschiedene Profile im Rennen, von Hoch- bis niederschwellig, von administrativer Hilfe bis zum Wohnbereichsleiter und verschiedenster Pflegeberufe ist alles dabei..

Ob die Umsetzung einer dualen Ausbildung im Pflegebereich oder generell die Schaffung eines neuen Ausbildungsweges gelingt, indem der Föderalstaat sich einverstanden erklärt, ist fraglich. Und so oder so wird es dauern, denn wir brauchen ein Profil, ein Konzept, einen spruchreifen Vorschlag und die Kapazitäten der Akteure hier vor Ort um so etwas umzusetzen, bevor der Bedarf überhaupt angemeldet werden kann. Wir sollten es auf jeden Fall versuchen, aber die Zeit drängt. Der Pflegenotstand (der übrigens auch kein ostbelgisches Phänomen ist und auch im Nachbarland Deutschland, wo es ja eine duale Ausbildung und Entschädigungen gibt, ein Problem ist) braucht schnelle Antworten. Wir haben gestern schon über die Aufwertung von Gehältern, bessere Normen usw diskutiert, aber auch da stoßen wir an Grenzen, denn die Krankenhäuser können von unseren Maßnahmen nicht profitieren.

Darum möchten wir eine Maßnahme ins Feld führen, die in unseren Augen global wirkt, alle Ausbildungszweige in der Pflege aufwerten kann und auch nachhaltig wirken kann:

Südtirol hat es vorgemacht, sie haben ein Stipendiensystem eingeführt! Ein Stipendiensystem, dass die Absolventen nach Abschluss ihrer Ausbildung für eine gewisse Zeit an ihre Region bindet um dort zu arbeiten. Du machst ein Studium oder eine Ausbildung im Pflegebereich? Dann werden die Kosten übernommen wenn du danach beispielsweise 5 Jahre in der DG arbeitest.

Die genauen Modalitäten müssen natürlich sorgfältig ausgearbeitet werden, aber diese Methode würde neue Anreize starten. Wir brauchen ein solches System für Ostbelgien und deshalb wünschen wir uns von der Regierung ein solches Konzept.

Wie in jedem Jahr gibt es noch zahlreiche Projekte auf die ich gerne eingehen würde, was allerdings in der Kürze der Zeit einfach nicht möglich ist.

Da wäre:

- Die politische Bildung, die Aufwertung des IDP und die Speak- up Initiative
- Das Projekt „gutes Personal für gute Schulen“ in dessen Rahmen in den letzten Jahren bereits viele Maßnahmen ergriffen wurden und noch weitere folgen werden.
- Die Gesamtvision im Unterrichtswesen, wo wir gespannt auf den Bericht der OECD Studie warten, der dann auch im zuständigen Ausschuss vorgestellt wird
- Der Fachkräftemangel (obwohl man das Thema ja eigtl immer mitdiskutiert)
- Das Technologiezentrum in St.Vith
- Die Schaffung eines neuen Bachelorstudiengangs für Sozialarbeit
- Die flächendeckende Ausstattung aller Lehrerinnen und Lehrer mit mobilen Endgeräten, was gerade läuft und im Anschluss die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler
- Etc.

2 Themen möchte ich aber trotzdem noch gerne ansprechen.

Da ist zum einen die Reform der Förderpädagogik:

Aktuell sind die Förderpädagogen den Grundschulen angegliedert, die Integrationslehrer hingegen den Förderschulen. Die Regierung hat nun die Gründung einer neuen Einrichtung öffentlichen Interesses im Förderbereich angekündigt. Während die niederschwellige Förderung weiterhin bei den Regelschulen angesiedelt bleibt, soll die Expertise in Bezug auf die hochschwellige Förderung künftig nicht den Regelschulen, sondern vollständig und vor allem netzunabhängig bei der neuen Einrichtung gebündelt werden.

Warum wurde die Entscheidung getroffen?

- Aktuell erleben wir einen permanenten Anstieg der Integrationsprojekte in den Schulen, was Personal und Stundenkapitalressourcen benötigt. Langfristig stoßen wir vor allem personaltechnisch an Grenzen, denn auch in diesem Bereich sind wir mit Fachkräftemangel konfrontiert. Die Bündelung der Kräfte soll es ermöglichen, die Ressourcen bedarfsgerechter einzusetzen.

- Durch die Bündelung der Kräfte an einem Ort, ist der Ansprechpartner für die Regelgrundschulen in Zukunft klar!
- Man erwartet, mit der Zentralisierung des Fachwissens und der Fachkräfte die Qualitätssicherung und die Schaffung von allgemeinen Standards in der hochschwelliger Förderung vorantreiben zu können. Denn der externe Blick auf die Schule bleibt erhalten und garantiert somit eine gewisse Qualität und Unterstützung bei Schulentwicklungsprozessen.
- Die Grundschullehrer wünschen sich mehr Flexibilität bei dem Einsatz von Integrationslehrern. Dem wird Rechnung getragen durch mehrjährige Kooperationsverträge, die den Schulen eben die gewünschte Flexibilität bringen sollen und auch die Möglichkeit die Integrationslehrer besser in den Schulbetrieb zu integrieren.

Soviel zu den Argumenten, warum die Entscheidung getroffen wurde, diesen Weg zu gehen. Letzten Endes geht es nämlich nur um eines: das Kind in den Mittelpunkt zu stellen und ihm die bestmögliche Förderung zu gewährleisten.

In diesem Sinne würden wir uns wünschen, dass die PDF sich der neuen Einrichtung anschließt und sowohl FSU als auch G UW bis Ende des Jahres die Absichtserklärung unterzeichnen. So würden die Ressourcen gebündelt und statt der Netzlogik kann der Schüler und sein Förderbedarf in den Mittelpunkt gestellt werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen:

Es geht nicht darum die Diskussion so zu führen, wer mehr Inklusion möchte oder wer sich nicht genug dafür einsetzt und Inklusion eigtl gar nicht will. Wir müssen zusammenarbeiten und wir brauchen ein Konzept, dass die Qualität der Unterstützung sichert und jedes Kind auffängt. Wir setzen auf den neu eingeschlagenen Weg um Trägerstrukturen zu überwinden, Kräfte zu bündeln und die Förderpädagogik nach vorne zu bringen.

Anscheinend scheint das manchen immer noch nicht klar zu sein, trotz aller Bemühungen der letzten Jahre: Darum sag ich es nochmal GANZ deutlich: Wir stehen für Inklusion, und ich hoffe doch fast parteiübergreifend. Und da gibt es auch kein ABER, dass diese Aussage relativiert. Wir müssen allerdings dafür sorgen, dass es echte Inklusion ist und nicht das Parken von Kindern in Regelgrundschulen, die nicht vernünftig gefördert werden, denn das ist keine Inklusion!

Schließen möchte ich mit der Kinderbetreuung, die eigentlich in jedem Jahr massive Aufwertungen erfährt,

Wir haben hier letztes Jahr über die Unterstützung für das RZKB gesprochen um die Einrichtung auf stabile Füße zu stellen. Dass das langfristig nicht ausreicht und die Defizitfinanzierung durch die Gemeinden (die allerdings durch eine 100%ige Übernahme der DG garantiert ist) auf Dauer ein Problem wird, hat man beschlossen, das Problem strukturell anzupassen.

Die Idee ist, das RZKB in eine paragemeinschaftliche Einrichtung umzuwandeln Um eben diese Stabilität zu gewährleisten und um auf der anderen Seite endlich ein Vollstatut für die konventionierten Tagesmütter einführen zu können. Im vergangenen Jahr hat es nämlich bereits eine Aufwertung für die selbstständigen

Tagesmütter durch veränderte Zuschussmodalitäten gegeben, was gerade zur Schaffung von Co-Tagesmütterinitiativen beigetragen hat.

Seit Beginn des Jahres wurden in der Kleinkindbetreuung 95 zusätzliche Plätze geschaffen.

Diese Anstrengungen müssen fortgesetzt werden um unser erklärtes Ziel zu erreichen und zwar die 100prozentige Abdeckung bis 2025.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Alle Akteure im Bildungswesen, die Einrichtungen, die Schulen, die Eltern und die Schülerinnen und Schüler haben in den letzten Monaten dafür gesorgt, dass wir die 2 letzten Jahre so gut gemeistert haben. Mit Einsatz, Flexibilität und viel Geduld, dafür ein dickes Dankeschön!

Auf der anderen Seite hat aber auch die Regierung ihren Beitrag geleistet , immer als Ansprechpartner parat zu stehen, in Brüssel für die Offenhaltung der Schulen zu kämpfen und gleichzeitig das Bildungswesen hier in Ostbelgien finanziell weiter aufzuwerten und die Bildungspolitik weiterhin zur obersten Priorität zu erklären.

Innerhalb von 2 Jahren wurde der Bildungshaushalt um 11,8 Millionen Euro erhöht, hinzu kommen noch Infrastruktur und Ausstattungen. Diese Investitionen sind genau richtig, wir werden dem Haushalt zustimmen.

Elemente Replik:

- Kaleido früher Kontakt wichtig: siehe Änderungen im Maßnahmendekret Gerade in dem Kontext, dass die Entbindungsstation in Eupen vorübergehend geschlossen wurde.
Rechtzeitig in den Kontakt mit dem Dienst zu kommen ist für werdende Eltern ein absolutes Plus! Das das allerdings nicht immer so einfach ist, wurde uns im letzten Jahr bereits gesagt. In manchen Gemeinden lässt die Abdeckung zu Wünschen übrig. Aus diesem Grund wurde seitens des Dienstes vorgeschlagen, ein System wie in Flandern anzuwenden , wo die Schwangeren über den Antrag auf Kindergeld mit dem Pendant von Kaleido "Kind en Gezin" in Kontakt kämen. wurde in das letzte Sammeldekret aufgenommen.
- Laptops:
Neben den kurzfristig getroffenen Maßnahmen wie beispielsweise die Anschaffung von Laptops für Schüler und Studenten, wird an einer Digitalisierungsstrategie gearbeitet um das Thema langfristig besser in den Unterricht zu integrieren und neue Möglichkeiten zu schaffen.
Ohne ein Konzept alle möglichen Leute mit Laptops auszustatten, wäre auch eigtl das Geld in die Tonne kloppen. Man braucht vernünftige Geräte, die

Möglichkeit der Nutzung einer vernünftigen Plattform und außerdem müssen die Geräte vernünftig gewartet und ggf ersetzt werden. Das passiert nicht über Nacht, ich würde aber behaupten, dass das nun sehr schnell umgesetzt wird. Dazu noch eine Bemerkung: Haben sie des letzt mal versucht ein Elektrogerät zu kaufen? SO langsam geht es zwar wieder, aber auf einiges musste an Monatelang warten, und das lag bestimmt nicht am fehlenden Einsatz, ein Gerät zu bekommen. Die Pandemie hat zu einem Stau geführt und einem Mangel an vielen Dingen (Ich werde jetzt nicht erklären warum, as wissen sie selbst) unter anderem an elektronischen Chips. Und die braucht man bekanntlich auch um Laptops zu produzieren.

Ich gebe also zu bedenken, dass unter den Bedingungen die Ausstattung mit Endgeräten doch eigtl sehr schnell von statten gehen kann, vor allem in Bezug auf die über 1000 Laptops die denen zur Verfügung gestellt wurden, die sie dringend gebraucht haben

- IDP und Politische Bildung :Das Institut für Demokratiepädagogik (IDP) sei für die Erstellung, Bereitstellung und Durchführung von Tools (z. B. Unterrichtseinheiten, Workshops, oder Arbeitsgruppen) und Weiterbildungen zur Entwicklung und Förderung von Demokratiekompetenzen in Schule, Erwachsenenbildung und Jugendarbeit zuständig. Hinzu komme ein Sonderauftrag im Bereich Fake News. Hierzu hat das Institut im Oktober eine Tagung zum Thema: Gegen Fakenews und Hassrede organisiert. Ziel war es ein Bewusstsein dafür zu schaffen, was Fake News und Hate Speach eigtl sind, welche Zwecke Menschen verfolgen, die diese verbreiten. Hauptziel ist die Erarbeitung von Hinweisen für den Umgang mit Hassrede und Desinformation. Und wenn wir über dieses Thema sprechen, dann sind wir schnell auch bei Medienkompetenz, bei der Fähigkeit sein eigenes Verhalten und seine Denkweise zu reflektieren, dem vernünftigen Umgang mit Quellen, kritischem Denken (ich betone Denken) und nicht zuletzt bei der politischen Bildung. Eine Schlussfolgerung von vielen war die, dass vor allem junge Menschen gestärkt und ermutigt werden müssen, sich am politischen Leben und am öffentlichen Kurs zu beteiligen. Und genau dazu soll politische Bildung sie befähigen, ihnen Werkzeuge an die Hand geben, globale Entwicklungen und Zusammenhänge zu verstehen und sie zu mündigen Bürgern zu machen. Und genau das versucht man im fächerübergreifenden Unterricht zu tun, zusammen mit all den angebotenen Projekten die es nebenbei noch gibt und die quasi eingekauft werden können. Ein junger Mensch, der weiß was nachdenken, kritisch denken, Verantwortungsbewusstsein und seine Handlungen reflektieren bedeutet, der findet sich in unserer komplexen Welt zurecht und weiß wo er die Antworten auf die Fragen findet, wie man seinen Alltag meistert.
- Zur Mehrsprachigkeit (Lydia?)
- Zu den Lernrückständen und Hausaufgabenschulen (Lydia?)

- Förderpädagogik

Aktuell sind die Förderpädagogen den Grundschulen angegliedert, die Integrationslehrer hingegen den Förderschulen. Durch den Ausbau der niederschweligen Förderung und die Einführung der Förderpädagogen an den Regelgrundschulen einerseits sowie die hochschwellige Förderung der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch Integrationslehrer der Förderschulen andererseits können bereits mehr Kinder im Regelgrundschulwesen beschult werden.

Die Regierung hat nun die Gründung einer neuen Einrichtung öffentlichen Interesses im Förderbereich angekündigt, mit der den zitierten Zielen der UN-Konvention noch besser Rechnung getragen werden soll. Während die niederschwellige Förderung weiterhin bei den Regelschulen angesiedelt bleibt, soll die Expertise in Bezug auf die hochschwellige Förderung künftig vollständig und vor allem netzunabhängig bei der neuen Einrichtung gebündelt werden. Man erwartet, mit der Zentralisierung des Fachwissens und der Fachkräfte die Qualitätssicherung und die Schaffung von allgemeinen Standards in der hochschweligen Förderung vorantreiben zu können.

Große Bedeutung kommt den mehrjährigen Kooperationsverträgen zu, die zwischen der Einrichtung öffentlichen Interesses und den einzelnen Regelschulen geschlossen werden sollen. Sie bieten nach Ansicht der Regierung den Vorteil, dass die Schulen einen einzigen Ansprechpartner bei der Einrichtung öffentlichen Interesses haben. Die in die Schulen entsandten Integrationslehrer arbeiten direkt mit dem Kompetenzzentrum des ZFP zusammen und gewährleisten so den externen Blick auf die Schule, der notwendig ist, um Schulentwicklungsprozesse voranzutreiben.

Gleichzeitig sollen die Kooperationsverträge den Schulleitungen mehr Flexibilität und auch ein gewisses Maß an Weisungsbefugnis gegenüber den entsandten Integrationslehrern zugestehen. Dies entspricht auch der Anregung der Bürgerversammlung, die Integrationslehrer besser in den Schulbetrieb der aufnehmenden Schule zu involvieren.

Intention der Bürgerversammlung mit ihrer Empfehlung, die hoch- und die niederschwellige Förderung zusammenzuführen, ist es ganz unzweifelhaft, die Umrahmung der Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf zu optimieren.

Auch die hier skizzierte Reform stellt das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt. Allerdings setzt die Regierung auf eine andere Herangehensweise. Die immer zahlreicheren Integrationsprojekte in den Regelschulen bergen die Gefahr, die begrenzten personellen Ressourcen zu überdehnen. Integrationsstunden sollen weiterhin jedem Schüler zugestanden werden, der diese benötigt, um in der Regelschule beschult zu werden. Die Bündelung der Kräfte soll dabei aber laut Regierung dafür sorgen, dass die Ressourcen bedarfsgerechter eingesetzt werden. Die von der Bürgerversammlung gewünschte Förderung von Inklusion und die Aufrechterhaltung der Förderschulen schließen sich aber nicht aus. Vielmehr gilt es, Inklusion voranzutreiben, inklusive Schulen zu unterstützen und gleichzeitig für gute Förderschulen zu sorgen. Viele Förderschüler können tatsächlich mit Hilfe eines Integrationsprojekts innerhalb der Regelschule optimal umrahmt

werden. In manchen Fällen aber kann nur die Förderschule das von der UN-Konvention geforderte Umfeld bieten, das den Förderschülern die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet. Es muss also immer geschaut werden, was ein Kind benötigt und wo seine Bedürfnisse mit den vorhandenen Ressourcen (Fachkräfte, Infrastruktur) optimal erfüllt werden können. Dabei gilt weiterhin, dass nur Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für die im Konsens mit den Eltern die Förderschule als bester Förderort ausgewählt wurde, im ZFP beschult werden. Kinder mit Dyslexie, Lese-Rechtschreibschwäche usw. werden in den Regelgrundschulen beschult – bei Bedarf unter Einsatz von therapeutischen Fachkräften.

„Die Erfüllung der UN-Konvention fordert [...] einen Wertewandel ein: Der Besuch der allgemeinen Schule muss für alle Kinder zur Regel werden, eine Förder- oder Sonderschule zur Ausnahme, die zu begründen ist.“¹

- Aufwandsentschädigung der TM:
Aktuell zahlt die DG für KTM und STM, hängt aber von der Steuerbefreiung ab, die durch den Föderalstaat gewährleistet wird. Es hieß, dass wir die einzigen sind, die das noch zahlen und die anderen haben kein Interesse an einer Verlängerung. Langfristig: Weitere Aufwertungen für STM und das Vollstatut für KTM
(Wird verlängert und somit auch die Aufwandsentschädigung)